

LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS/
BJÖRN ZIMPRICH

April 2008

www.kas.de

www.kas.de/aegypten

Lokalwahlen nach Vorschrift

Am 8. April fanden in Ägypten die mehrfach verschobenen Lokalwahlen statt. Insgesamt 52.000 Sitze in lokalen Parlamenten und Räten wurden vergeben. Nach offiziellen Angaben erhielt die regierende Nationaldemokratische Partei (NDP) 99 Prozent der Stimmen. Oppositionsparteien waren an der Aufstellung von Kandidaten massiv gehindert worden. Die verbotene Muslimbruderschaft rief deshalb einen Tag vor der Wahl zum Boykott auf. Das öffentliche Interesse war ohnehin gering. Selbst die Regierungspresse bemängelt die extrem niedrige Wahlbeteiligung.

Als am 8. April 2008 um 17 Uhr die Wahllokale in Ägypten schlossen war ein über zwei Jahre dauerndes Hin-und-Her vorerst abgeschlossen. Ursprünglich für 2006 geplant, waren die Wahlen für die Lokalräte mehrfach abgesagt und verschoben worden. Grund für die Verschiebung war die Furcht der Staatspartei NDP vor einem erneuten Wahlsieg der oppositionellen Muslimbruderschaft. Diese hatten in den ägyptischen Parlamentswahlen 2005 trotz eines offiziellen Verbots der Bruderschaft 88 Kandidaten als Unabhängige ins ägyptische Parlament gebracht. Die NDP befürchtete, dass die Bruderschaft einen solchen Erfolg bei den Lokalwahlen wiederholen könnte. Lokalpolitiker haben in Ägypten zwar wenig zu sagen, können seit einer Verfassungsänderung von 2007 aber Einfluss auf die Aufstellung von Kandidaten für das Präsidentenamt nehmen. Die jetzigen Lokalwahlen werden in Ägypten daher als erste Weichenstellung für die 2011 anstehenden Präsidentschaftswahlen angesehen. Auch dies ist ein Grund, weshalb die ägyptische Regierung sowohl Vorbereitung als auch Durchführung der Wahlen weder dem Zufall noch dem Wäh-

lerwillen überließ. Das Ergebnis spricht für sich: Von den etwa 52.000 Sitzen gingen nur 409 an die Opposition.

Newe Bedeutung der Lokalräte

Der Sieger der Lokalwahlen stand spätestens seit Ende der Registrierungsperiode für Kandidaten Anfang März fest. Außer den 52.000 Kandidaten der NDP hatten es nur knapp 5.000 andere Bewerber auf die Wahllisten geschafft, darunter allerdings wiederum ca. 3.000 NDP-nahe Kandidaten. Die ägyptischen Oppositionsparteien hatten damit ihre Ankündigungen nicht einlösen können, sich diesmal mit einer Vielzahl von Kandidaten zu beteiligen. In der Vergangenheit hatten sie die Lokalpolitik weitgehend der Staatspartei überlassen. Neue Befugnisse der Lokalräte hatten das Interesse an den insgesamt 52.000 Sitzen in den etwa 5.000 Lokalräten diesmal spürbar ansteigen lassen. Die Lokalräte stellen die unterste Ebene des ägyptischen Verwaltungssystems dar. Ihre Aufgabe besteht im Wesentlichen in der Überwachung der lokalen Exekutive, darüber hinaus verfügen sie nur über geringe Befugnisse und über nur beschränkte Haushaltssmittel. Seit der Verfassungsänderung von 2007 muss ein Präsidentschaftskandidat allerdings von mindestens 250 Abgeordneten der verschiedenen Kammern und Räte unterstützt werden. Davor müssen mindestens 65 auf das Parlament („Maglis al-Shaab“ bzw. Unterhaus) und 25 auf den „Schura-Rat“ (Oberhaus) entfallen. Zusätzlich muss er die Zustimmung von mindestens 140 Lokalratsmitgliedern einholen. Dabei müssen jeweils 10 aus insgesamt 14 verschiedenen Gouvernoraten stammen. Mit anderen Worten: gelingt es der Opposition 140 Kandidaten in Lokalräte zu bringen, erfüllt sie eine wichtige Voraussetzung zur Aufstellung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS
BJÖRN ZIMPRICH

April 2008

www.kas.de
www.kas.de/aegypten

Strategie der Muslimbruderschaft

Insbesondere die verbotene Muslimbruderschaft wollte diese Hürde nehmen – vermutlich um 2011 einen eigenen Kandidaten für die dann anstehenden Präsidentschaftswahlen ins Rennen zu schicken. Die ägyptische Regierung steuerte dem mit einem massiven Behinderungskurs entgegen. Die Strategie der Aufstellung unabhängiger Kandidaten, mit der die Bruderschaft bei den Parlamentswahlen 2005 ihren bisher größten Erfolg erzielen konnte, wurde eingeschränkt. Knapp 800 Mitglieder der Bruderschaft sollen nach Presseberichten im Umfeld der Wahlen verhaftet worden sein. Darüber hinaus wird von Einschüchterungen, von Behördenwillkür und von einer massenhaften Verschleppung von Registrierungsanträgen berichtet. Vor allem die behördliche Verweigerung eines zur Registrierung notwendigen polizeilichen Führungszeugnisses soll ein beliebtes Mittel gewesen sein, um unliebsame Bewerber an einer Kandidatur zu hindern. Von den über 10.000 Kandidaten der Muslimbrüder hätten dadurch nur 5.750 alle erforderlichen Papierre zusammenstellen können. Von diesen konnten sich schließlich nur 498 registrieren lassen. Letzten Endes wurden dann nur 21 Vertreter der Muslimbruderschaft zur Wahl zugelassen. Das Ziel, mindestens 140 lokale Unterstützer zur Aufstellung eines unabhängigen Präsidentschaftskandidaten zu gewährleisten, war damit nicht mehr erreichbar. Einen Tag vor der Wahl wechselte die Bruderschaft deshalb ihre bisherige Strategie und rief in großen Zeitungsanzeigen zum Boykott der Lokalwahlen auf. Späteren jetzt war die Wahl zur Farce geworden.

Heimspiel ohne Gegner

Das Ziel der regierenden NDP bei den Lokalwahlen war offenkundig. Nach dem „Schock“ der Wahlen von 2005 sollte die politische Opposition völlig marginalisiert werden. Bereits bei den Wahlen zum Schura-Rat 2007 hatte man dafür gesorgt, dass alle zu vergebenen Sitze an die NDP gingen. Ähnlich lief es auch dieses Mal. Auch für die meisten säkularen Oppositionskandidaten war meist schon bei der Registrierungsstelle Schluss. Von Benachteiligungen berichten außerdem die ägyptischen Christen. Im

Gouvernorat Qena sei Berichten zufolge kein einziger Kopte mehr auf die Listen der NDP gelangt. Langjährige koptische Parteimitglieder riefen deshalb zu einem Boykott der Lokalwahlen in dieser Region auf.

Zwei Prozent Wahlbeteiligung

Das Interesse der Bevölkerung an den Lokalwahlen tendierte angesichts der offensichtlichen Manipulation der Kandidatenaufstellung und der zahlreichen Boykottaufrufe gegen Null. Hierzu trug auch bei, dass Informationen über die Wahlen nur spärlich flossen. Einem Großteil der Bevölkerung war nicht klar, wann, wo und wie gewählt werden konnte. Ein Wahlkampf im eigentlichen Sinne fand kaum statt. Zusätzlich sorgte eine vergleichsweise komplizierte Wählerregistrierung für Verwirrung und Desinteresse. Voraussetzung zur Teilnahme an der Wahl war formell die Vorlage einer persönlichen Wahlkarte. Diese war bei den örtlichen Polizeistationen gegen Vorlage des Ausweises, einer Ausweiskopie und eines ausgefüllten Formulars erhältlich. Die Registrierung konnte allerdings nur bis Anfang Februar erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die allermeisten Ägypter vom anstehenden Wahltermin noch nichts gehört.

Auch für die wenigen Ägypter, die sich am Stichtag in die Wahllokale verirrten, blieb der eigentliche Wahlakt weitgehend unklar. Manche Wahllokale waren geschlossen, andere kaum besetzt. Wahlkabinen gab es nur in Ausnahmefällen, dafür war eine Stimmabgabe plötzlich auch ohne Wahlkarte und persönliche Identifizierung möglich. Beim Ausfüllen von insgesamt drei Wahlzetteln und dem Ankreuzen von insgesamt 24 Kandidaten halfen nicht selten freundliche Unterstützer lokaler NDP-Kandidaten – wenn sie dies nicht sogar schon vorab erledigt hatten. Angesichts dieser Verhältnisse war mit einer geringen Wahlbeteiligung gerechnet worden. Ob sie tatsächlich nur bei etwa zwei Prozent lag, wie unabhängige NGO's vermuten, lässt sich kaum belegen. Ein Indiz für die geringe Wahlbeteiligung ist allerdings offensichtlich: Um doppelte Stimmabgaben zu verhindern, wurden die Finger der Wähler nach Stimmabgabe mit roter Tinte markiert. Wer den Ägyptern am 9. April al-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS

BJÖRN ZIMPRICH

April 2008

www.kas.de

www.kas.de/aegypten

Ierdings auf die Finger schaute, konnte un-
schwer erkennen, dass kaum jemand rot
trug.

Fazit

Die Entscheidung dieser Wahl fand nicht an der Urne statt, sondern auf Ägyptens Poli-
zeistationen. Die Staatspartei NDP hatte
Vorbereitung, Ablauf und Ergebnissicherung
der Lokalwahlen 2008 sorgfältig durchge-
plant. Dementsprechend blieben Überra-
schungen aus. Der Hintergrund war weniger
die Sorge vor unliebsamer politischer Kon-
kurrenz in den ägyptischen Städten und
Gemeinden. Tatsächlich ging es um langfris-
tige Weichenstellungen in der ägyptischen
Politik und die Sicherung des höchsten
Staatsamtes. An der Rolle der Lokalräte im
politischen System Ägyptens haben sie we-
nig geändert. Mit geringen finanziellen Mit-
teln und schwachen Befugnissen ausgestat-
tet, bleiben Lokalräte im Wesentlichen In-
strumente zur Sicherung von Einfluss- und
Versorgungsstrukturen und damit Mittel zur
Erschließung von persönlichen Ressourcen.
Dementsprechend gering ist das Interesse
der Bevölkerung an lokaler Politik. Steigen-
de Preise, sinkende Löhne und politische
Alternativlosigkeit sorgten dafür, dass die
überwältigende Mehrheit der Ägypter keine
Lust hatte, sich am 8. April die Finger
schmutzig zu machen.

Dr. Andreas Jacobs ist Auslandsmitarbei-
ter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten.

Björn Zimprich ist Student der Geogra-
phie, Politik- und Islamwissenschaften an
der FU Berlin